



REGENSBURGER VORTRÄGE

zum östlichen Europa

WINTERSEMESTER 2019/2020

DO **10.10.2019**, 18.00 Uhr
WiOS, Landshuter Str. 4, Raum 319

Von der Zivilprozessordnung zu einer eigenen Verwaltungsprozess- ordnung: ungarische Erfahrungen

Dr. Péter Darák,
Präsident der Kurie (oberstes Gericht Ungarns)

Grundlegend für einen Rechtsstaat ist eine funktionierende gerichtliche Kontrolle der öffentlichen Gewalt. Bis 2016 mussten ungarische Gerichte Konflikte zwischen Bürger und Verwaltung auf der Grundlage der Zivilprozessordnung führen. Seit 2017 gilt in Ungarn die neue Verwaltungsprozessordnung. Mittlerweile können erste Erfahrungen aus Europas jüngstem Verwaltungsprozessgesetz gezogen werden.

DO **10.10.2019**, 18.00 Uhr
 WiOS, Landshuter Str. 4, Raum 319

Von der Zivilprozessordnung zu einer eigenen Verwaltungsprozessordnung: ungarische Erfahrungen



Dr. Péter Darák

hat in Pécs Jura studiert. Seit 1991 ist er Richter, seit 1999 Richter am Obersten Gericht in der Abteilung für Verwaltungsrecht. Seit 2012 ist er Präsident der Kurie, wie das Oberste Gericht Ungarns nun wieder heißt. Dr. Darák ist Dozent für Finanzrecht an der Universität Budapest (ELTE) sowie an anderen ungarischen Universitäten.

Eine geeignete gesetzliche Ausgestaltung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit fördert Rechtsstaatlichkeit, da es um die Durchsetzung der Bindung der Verwaltung an die Gesetze des demokratisch legitimierten Gesetzgebers geht. Bis 2016 galt in Ungarn noch der sozialistische Regelungszustand, dass auch der Rechtsschutz des Bürgers gegen den Staat der Zivilprozessordnung unterlag. Als letztes Land Osteuropas schuf Ungarn 2016/17 ein eigenes Verwaltungsprozessrecht. Während der umfangreichen Kodifikationsarbeiten wurden europarechtliche und vergleichende Aspekte auf breiter Basis einbezogen. Im Ergebnis verfügt Ungarn über eine wesentlich modernere Verwaltungsprozessordnung als etwa Deutschland. Ein Kontrast zur Erfolgsgeschichte des Verwaltungsprozessrechts ist die organisatorische Herauslösung der Verwaltungsgerichte aus der ordentlichen Gerichtsbarkeit, die die Schaffung einer Verwaltungsprozessordnung begleiten sollte: Die einschlägigen Gesetze sind bereits verabschiedet, liegen aber zurzeit für unbestimmte Zeit auf Eis.

Institut für Ostrecht München
 in Kooperation mit der Zweigstelle Regensburg
 der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO),
 der Universität Regensburg und ELSA Regensburg

Die Veranstaltung wird durch den DAAD mit Mitteln
 des Auswärtigen Amtes im Rahmen des Programms
 „Ost-West-Dialog 2019“ unterstützt.



WiOS Das Wissenschaftszentrum Ost- und Südosteuropa Regensburg (WiOS) ist eine Kooperationsebene für die außeruniversitäre Ost- und Südosteuropaforschung. Darin bündeln sich die Kompetenzen seiner Mitglieder – Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung / Institut für Ostrecht / Hungaricum – Ungarisches Institut / Forschungszentrum DIMOS, die Grundlagenforschung leisten, zentrale Zeitschriften herausgeben und Beratungen für wissenschaftliche Aspekte wie auch für die interessierte Öffentlichkeit bieten.